

ANFRAGE von Dr. Ulrich E. Gut (FDP, Küsnacht)

betreffend mittelfristige Neuorientierung der Drogenpolitik

Die Drogenpolitik wurde bisher in der Schweiz und im Kanton Zürich durch das Vorurteil beeinflusst, eine Strategie der kontrollierten Abgabe von harter Drogen würde die Schweiz international isolieren und insbesondere Zürich zu einem Drogen-Zentrum Europas machen. Das zehnte Ministertreffen der aus 25 Staaten bestehenden "Pompidou-Gruppe" zur Bekämpfung des Missbrauchs und Handels mit Drogen, das kürzlich in Strassburg stattfand, ermöglicht eine Neubeurteilung der mittelfristigen Möglichkeiten. Insbesondere ist aus der Berichterstattung über dieses Treffen festzuhalten:

- Der Generalsekretär von Interpol, Raymond Kendall, sprach sich einerseits für eine Verstärkung der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Drogenhandel aus, setzte sich jedoch andererseits für eine Entkriminalisierung der Drogensüchtigen ein. Kendall betonte, dass die von mehreren Ländern immer noch ausgeübte Repressionspolitik gegenüber Abhängigen aus polizeilicher Sicht ein völliger Fehlschlag sei. (Schweizerische Depeschenagentur am 3. Februar 1994.)
- Nicht einmal im Gefängnis könne der Staat auch nur annähernd den Drogenkonsum verhindern (Kendall, zitiert nach NZZ vom 5./6.2.1994).
- Politiker wollten gegenüber ihren Wählern kurzfristige Ergebnisse vorweisen und setzten deshalb lieber mehr Polizei ein, um das Problem auf den Strassen weniger sichtbar zu machen (Kendall, NZZ, a.a.O.).
- Die Schweiz, vertreten durch Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss, sei am Ministertreffen der Pompidou-Gruppe "europäisch nicht isoliert" gewesen (NZZ, a.a.O.).
- Sabine Bergmann-Pohl, Staatssekretärin im deutschen Gesundheitsministerium, habe gesagt, sie sei an den Ergebnissen der Heroin-Abgabeveruche in der Schweiz sehr interessiert (NZZ, a.a.O.).

Ich frage den Regierungsrat:

1. Lässt er sich durch die Bundesbehörden über dieses Treffen der Pompidou-Gruppe und seine Folgen informieren?
2. Treffen die oben zitierten Informationen zu?
3. Ist er bereit, sie in seine strategischen Ueberlegungen und Konzepte einzubeziehen - vor allem für den wahrscheinlichen Fall, dass Rückführungs- und Vertreibungsmaßnahmen, Polizeiverstärkung und neue Gefängnisbauten weder die öffentliche Sicherheit noch die Lage der Süchtigen nachhaltig verbessern?

Dr. Ulrich E. Gut